**Ausschussbetreuender Bereich
BM-2 / Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden**

Drucksachen-Nr.

0101/2012

öffentlich

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
Sitzung am 21.03.2012**

Antrag gem. § 24 GO

Wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht!

Tagesordnungspunkt A

Beschwerde über eine mit der Errichtung eines Kleinkinderspielplatzes an der Dolmanstraße einhergehende Verschwendung von Steuergeld

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Wenngleich für den Unmut des Petenten ein gewisses Verständnis aufgebracht werden kann, teilt die Verwaltung dessen Auffassung nicht.

Der Kleinkinderspielplatz wurde aus Restmitteln des Konjunkturpaketes II (im folgenden KPII genannt) finanziert. Bei einigen aus den KPII- Mitteln bezahlten Hochbauprojekten zeigte sich in der Bauphase, dass sie weniger kosteten als veranschlagt. Das war natürlich positiv – warf aber weitere Fragen auf: Sollte man das übrig gebliebene Geld für die Stadt verfallen lassen oder anderweitig einsetzen?

Neue Projekte durfte die Verwaltung nicht mehr anstoßen, da sie nach den Förderrichtlinien schon zu Beginn der KPII- Förderung hätten beantragt werden müssen. Also konnte das Geld nur innerhalb der bestehenden KPII- Projekte ausgegeben werden (und nicht wie vom Petenten ausgeführt für einen anderen Spielplatz). Die Kriterien für ein Umschichten waren allerdings recht eng, und es war bereits September 2011. Die Zeit drängte, denn die Projekte mussten wegen der KPII- Bedingungen bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Bei anderen möglichen Projekten - zum Beispiel an Gebäuden - konnte die Verwaltung so kurzfristig nicht mehr nachjustieren. Die Zeit fehlte schlichtweg.

Es blieben einzig die Projekte am Kahnweiher und an der Diepeschrather Mühle in der engeren Auswahl. Also wurden am KPII- Projekt Diepeschrather Mühle einige Wege über das zunächst geplante Projekt hinaus verbessert. Der nun gebaute Kleinkinderspielplatz an der Refrather Grillhütte gehört zum Großprojekt „behindertengerechter Ausbau der Kahnweiherumgebung“. Nachdem die Bezirksregierung Köln grünes Licht für die Umschichtung der Mittel gegeben hatte, begannen die Arbeiten. Wegen der Kürze der Zeit wurden die politischen Entscheidungsträger nicht eingebunden. Rein formal musste man das auch nicht, da die für KPII-Mittel geänderten Vergaberichtwerte unterschritten blieben. Der Spielplatz kostete rund 48.000 Euro. Allerdings wird in der Nachschau zugestanden, dass es im Vorfeld besser eine Kommunikation mit dem politischen Raum gegeben hätte, um Irritationen von vorneherein entgegen zu wirken.

Die Ausführungen des Petenten sind nicht die ersten, die die Verwaltung zur Anlegung des Spielplatzes erreichen. Auch andere Bürger haben nach dem Sinn der Maßnahme gefragt. Der neue Spielplatz in Refrath (er ist speziell für Kleinkinder – das unterscheidet ihn von dem Spielplatz ein Stück weiter, dieser ist für ältere Kinder) wertet den gesamten Bereich auf. Besonders der Außenbereich der Grillhütte profitiert von der neuen Anlage. Dort soll man künftig beispielsweise entspannt eine Tasse Kaffee trinken können, während die Kinder auf dem angrenzenden Spielplatz spielen. Der Zaun schützt diese vor der Straße (bei vielen McDonalds an großen Straßen ist dies unkritischer Standard!). Die Tore sind selbstschließend angelegt und von innen nicht zu öffnen. Der weiche Gummiuntergrund ist behindertengerecht (und damit KPII- fähig), denn bei einem normalen Spielplatz müssten beispielsweise Kinder im Rollstuhl durch den Sand zum Spielgerät laufen/fahren. Die öffentliche Toilette in der Grillhütte steht zur Verfügung; die Nachbarschaft bewirkt eine zusätzliche Aufsicht.

Mithin macht die kritisierte Maßnahme durchaus Sinn. Die Verwaltung steht nach wie vor zu ihr!

Der vom Petenten in Person angegriffene Verwaltungsvorstand II hat den Vertrag über einen Zinsswap im Jahr 2006 in Vertretung für den Stadtkämmerer mit unterzeichnet. 2010 fiel bei der Überprüfung aller Derivate auf, dass die Konnexität nicht gegeben war, was zu einer Drohverlustrückstellung führen musste. Die Konnexität wurde hergestellt, die Drohverlustrückstellung wieder aufgelöst. Von "um Haaresbreite" konnte zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Die diesbezügliche Kritik des Petenten wird somit zurückgewiesen.